



Nr. 21. Abend-Ausgabe.

Zweihundertsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 9. Januar 1891.

Das Wildschadengesetz.

Berlin, 8. Januar.

Die heutige Sitzung, in welcher das Abgeordnetenhaus seine Thätigkeit wieder aufnahm, hat nur sehr kurze Zeit gedauert, da der Beschluss gefasst wurde, das Wildschadengesetz, welches auf der Tagesordnung stand, an eine Commission zu verweisen. Soll etwas Praktisches herauskommen, so war dieser Beschluss unumgänglich. Die in früheren Sessionen stattgefundenen Berathungen haben aus dem Grunde nicht zum Ziel geführt, weil Herr von Lucius, der für die durch die Wildschäden benachteiligten Bauern auch nicht eine Spur von Interesse hatte, es unterließ, Commissarien abzuordnen. Ohne die Mitwirkung der Regierung lässt sich ein lebensfähiges Gesetz nicht erzielen. Nachdem nun die Conservativen anerkannt haben, daß die Regelung der Wildschadenfrage unerlässlich sei, und nachdem der neue landwirthschaftliche Minister andere Saiten aufgezogen hatte, als Herr von Lucius, ist es nicht ausgeschlossen, daß man jetzt in nicht zu langer Berathung zu einem Ergebnisse kommt.

Mir scheint freilich, daß auch das beste Gesetz über Wildschäden das vorhandene Bedürfnis nicht decken wird. In einer sehr großen Anzahl von Fällen wird der zum Schadensersatz verpflichtete Jagdberechtigte die Last, welche ihm das Gesetz auferlegt, auf die Grund-eigenhümer abwälzen; er wird die Jagdpacht verringern. Dasjenige was im Interesse der Landeskultur gefordert werden muss, ist die Verhütung des Wildschadens durch Verringerung des Wildstandes und Beschränkung gewisser Arten auf eingegatterte Gehege. In Beziehung auf Wildschweine ist es gar nicht zu rechtfertigen, daß diese Thier-gattung nicht pläumäßig ausgerottet wird, soweit sich nicht ein großer Waldbesitzer den Luxus gestattet, sie innerhalb umgäunter Gebiete zu hegen. Der Schaden, den sie anrichten, ist ein unermesslicher und bei der nomadischen Natur dieses Wildes wird es in vielen Fällen unmöglich sein, die zum Schadensersatz verpflichtete Person zu ermitteln. Wildschweine haben keinen größeren Anspruch auf Schonung, als Luchse und Wölfe. Aber auch in Beziehung auf Hirsche kann die freimüttige Partei ihre Forderung, daß sie nur innerhalb von Gattern gehetzt werden dürfen, nicht aufgeben, sondern nur sie auf bessere Zeit vertagen.

Es ist für Jemanden, der die Tötung von Thieren nicht als ein Vergnügen betreibt, schlechthin unbegreiflich, daß man die Jagdlust bevorzugter Klassen höher schätzt, als den Fleiß des Landwirths. Alle volkswirtschaftlichen Gründe, die man für die Erhaltung des Wildstandes geltend macht, sind hinfällig. Diejenigen Produkte des Waldes, die zur Erzielung von Wild dienen, können eben so gut verwertet werden, indem man sie von Zuchthieren abweiden läßt. Das zahme Schwein frisst dasselbe wie das Wildschwein. Thiere, deren Erhaltung im Interesse der Landeskultur wünschenswert ist, wie Kiebitze und Drosseln werden der Jagdlust zu Liebe ausgerottet und Wildschweine und Rothirsche, die der Mensch als Nahrungs-mittel sehr wohl entbehren kann, werden gehetzt.

Politische Uebersicht.

Breslau, 9. Januar.

Aus dem neuesten Buche des Herrn Poschinger haben wir bereits wiederholte Auszüge gebracht. Die „Frei. Stg.“ urtheilt über das Buch folgendermaßen:

Inhaltlich bieten die neuen Veröffentlichungen wenig neue Gesichtspunkte zur wirtschaftspolitischen Geschichte der Jahre 1880 bis 1884. In der Form der veröffentlichten Correspondenz aber tritt die souveräne Cabinetsregierung des Fürsten Bismarck noch schroffer hervor, als aus früheren Veröffentlichungen. Ueberall wird das sie volo, sie jubo-

des Fürsten Bismarck maßgebend. Alle Minister erscheinen in dieser Correspondenz ihm gegenüber nur wie vortragende Räthe oder gar wie expedirende Secretäre. Er coramit dieselben nicht blos wegen Meinungs-verschiedenheiten, sondern auch wegen saumiger Erfüllung seiner Auf-träge. Demuthig entschuldigen sich die Minister und bequemen sich, allen Wünschen des gewaltigen Kanzlers nachzufolgen. In dieser Demuth erstickt besonders der damalige Finanzminister Bitter, was denselben freilich vor dem Sturze nicht bewahrt hat, als dem Fürsten Bismarck seine Zeit gekommen schien. Fürst Bismarck regierte von Friedrichsruh oder Barzin aus. Nur den geringsten Theil seiner Ordonnanzen an die Minister schreibt er selbst. Jergend ein Familienmitglied, das sich gerade in der Nähe befindet, Graf Wilhelm, Graf Herbert Bismarck oder der Schwiegerohn, v. Ranau, steht entweder den Ministern direct oder dem Geheimrat v. Rotenburg die Parolebefehle des Fürsten Bismarck mit. Letzterer übermittelt sie dann an die zuständigen Minister. Bald als Reichskanzler, bald als preußischer Handelsminister, bald als Ministerpräsident oder als auswärtiger Minister recribirt Fürst Bismarck und hat damit Gelegenheit, sich selbst in Detailfragen aller Ressorts einzumischen.

Herr Marx Bewer, der Verfasser der beiden belustigenden Schriften „Gedanken über Bismarck“ und „Rembrandt und Bismarck“, mit dem wir uns erst gestern ausführlich beschäftigt haben, hat auf Grund einer am Weihnachtsabend bei ihm eingetroffenen Einladung des Fürsten Bismarck einen Besuch in Friedrichsruh abgestattet. Er veröffentlicht über seine Erlebnisse einen ersten Bericht im „Ham. Corr.“. Das kurze, nur 5 bis 10 Minuten währende Gespräch, das sich an die Begrüßung anschloß, drehte sich um Brandes, von dem Fürst Bismarck meinte, daß ihn Herr Bewer „gründlich abgeführt“ hatte, und um „Rembrandt als Erzieher“. Herr Bewer sprach die Hoffnung aus, daß sich an das Buch „eine neue ferndeutsche litteraturepoche knüpfen werde“. Bismarcks Ansicht gibt der Erzähler in Folgendem wieder:

Der Fürst erwiderte, daß für ihn der große Erfolg des Buches ein bestimmender Werthmesser sei. „Ich finde es erfreulich,“ fuhr er fort, „daß ein solches Buch so großen Anklang gefunden hat. Es ist ja doch kein Roman von Zola, im Gegentheil sieht es eine gewisse Gymnastik des Geistes voraus; im Bett, wo ich vor dem Einschlafen gern noch etwas zu lesen pflege, kann ich es nicht gebrauchen. Jedenfalls ist es ein geistvolles Buch. Gott gebt, daß es die Wirkung hat, die Sie sich davon versprechen. Den Verfasser habe ich zu mir eingeladen, er war zwei Tage bei mir in Barzin; es ist ein kindlich bescheidener Mensch, den man erst anstoßen muß, um ihn zum Reden zu bringen, was um so merkwürdiger ist, als er ja mit Keulen schreibt.“

Darauf begab sich der Fürst, nachdem ihn noch das abgenutzte Polster zweier Sessel zu der Bemerkung: „Das gemahnt mich lebhaft, sehr lebhaft an die Vergänglichkeit alles Irdischen“ veranlaßt hatte, auf seinen gewohnten Spaziergang. Herr Bewer blieb bei den Damen zurück und unterhielt sich mit ihnen über litterarische Dinge. Von seinen weiteren Erfahrungen berichtet er:

„Beim Frühstück und zu später Abendstunde nach dem Diner ließ er (Fürst Bismarck) seinen unvergleichlichen Geist ganz nach Belieben in Ernst und Scherz sprudeln. Er sprach mit einer fabelfaften geistigen Freiheit über Kaiser und Fürsten, Dichter und Musiker, Politiker und Philosophen, über Beethoven, Spinoza, Kant und Hegel, Wissmann und Emin Pasha, Gott und die Welt. Von vielen seiner kraftvollen Neuerungen ist nur zu beklagen, daß er sie nicht laut im Reichstage zum Gaudium für ganz Deutschland geproschen hat; denn nur er hat sie für die Öffentlichkeit zu bestimmen; nur über das will ich hier berichten, was jedem wohl und keinem wehe thut. Der Rest ist leider Schweigen. Ja, man muß erst eine Stunde bei Bismarck gewesen sein, um ganz ermessen zu können, in welchem Grade das öffentliche Leben in Deutschland, um einen Ausdruck Caprivi's zu gebrauchen, „langweilig“ geworden ist.“

Wir möchten wohl wissen, ob Fürst Bismarck Herrn Bewer wirklich ernst nimmt.

Gegräfe verlieh: die unbefangene Offenheit nämlich, die in ihrem Gedankenaustausch herrschte. Es war gleichsam, als hätte Maud's Geständnis die künstlich aufgeführten Schranken des conventionellen Zwanges, der die Jugend in der Gesellschaft nötigt, als junge Herren und Damen mit einander Conversation zu machen, anstatt sich als gleichgesetzte Menschen freiheitlich zu unterhalten, wie mit einem Schlag hinweggefegt, daß sie zu einander mit geöffnetem Seelenvisir über alles sprechen könnten, was sie bewegte: sei es über die höchsten Fragen der Menschheit, sei es über die gewöhnlichen Vorkommnisse des Alltags. Wie ein guter Kamerad dem anderen, vertraute Arthur der Freundin, was er jedem Dritten sorgfältig verschwieg. Warum denn sollte er ihr nicht seine Geheimnisse offenbaren? Hatte sie ihm nicht die ihren verrathen? Wenn nicht ihre Liebe, so wollte er wenigstens ihr Vertrauen erwidern. Eigentlich hätte er es nie für möglich gehalten, daß man mit einem fremden Mädchen eine solche Freundschaft halten könnte. Kam es doch schließlich dahin, daß in der Gegenwart Fremder wenige Worte, ein Lächeln, ein Blick genügten, sie in eine Welt zu bannen, in der kein anderer Zutritt hatte, als sie allein.

Mittlerweile war der Winter vergangen; der Frühling hatte seine Herrschaft dem Sommer abgetreten und die Junirosen blühten, als plötzlich mit großer Bestimmtheit das Gericht von Arthur Burtons Verlobung mit Maud Elliott aufstauchte. Auf Schritt und Tritt erhielt die vermeintliche Braut Glückwünsche, die sie lächelnd Mundes mit der Versicherung ablehnte, daß kein wahres Wort an der Geschichte sei und sie nicht begreife, wer sie aufgebracht habe.

„Sie sind von dem Gegentheil überzeugt,“ sagte sie einfach, — und im Geheimen freute er sich, daß sie Recht hatte.

Denn, ohne im mindesten vorzugeben, daß er sie liebe, war er allmälig dahin gelangt, sich auf ihre Liebe für ihn zu verlassen. Es war ihm so zur Gewohnheit geworden, auf ihre Treue zu zählen, daß ein Umschwing ihrer Gefühle ihm sehr unwillkommen gewesen wäre. Nichts zu geben und etwas dafür zu bekommen, ist eine ebenso beliebte wie bequeme Methode, und so erfreute er sich in gewisser Hinsicht der beneidenswerthen Lage eines Bräutigams, ohne irgend eine der Pflichten derselben übernommen zu haben.

In anderer Hinsicht war er freilich dem Bräutigam ferner, als der unverlobte junge Mann es im Allgemeinen zu sein pflegt. Denn in ihren Gesprächen, die sich beinahe über alle Gegenstände zwischen Himmel und Erde verbreiteten (o wie oft bat er Maud im Stillen ab, daß er sie je für langweilig und unbedeutend gehalten hätte), war ein Thema, nämlich das der Liebe, verbüpft. Einmal hatte Maud darüber gesagt, was sie zu sagen hatte, und nicht eher konnte das Interdict aufgehoben werden, als bis Arthur sich entschloß, ihrem Beispiel zu folgen. Selbstverständlich konnte in ihrem Specialfall auch von dem gebräuchlichen Hofmachen nicht die Rede sein, da ihre Intimität an dem Punkte angefangen hatte, wo im Allgemeinen jenes Kleingewürze der Liebe aufzuhören pflegt.

Noch ein anderes war es, das ihrem Umgang ein geschwisterliches

Deutschland.

Berlin, 8. Januar. [Amtliches.] Se Majestät der König hat dem Ober-Landesgerichts-Rath a. D. Geheimen Justiz-Rath Wiesemann zu Münster i. W. bisher zu Hamm i. W. und dem Landgerichts-Rath Dr. Gwinner zu Frankfurt a. M. den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem katholischen Pfarrer Nißfeld zu Stolberg im Landkreis Aachen den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-Appellationsgerichts-Rath Dr. Röbelke zu Celle den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Amtsgerichts-Rath Seiler zu Minden i. W. den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Hauptzollansellisten a. D. Beijerle zu Bremen den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Botenmeister a. D. Reinert zu Königsberg i. Pr. das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold; sowie dem Gemeinde-Borsteher Stäge zu Paaren im Glien, im Kreise Ostholstein, dem Steuer-Aufseher Reinert zu Arnis im Kreise Schleswig, dem Gefangenen-Aufseher a. D. Hensel zu Köslin und dem Fabrikarbeiter Franz Eßer zu Heitern im Kreise Dithen das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem zum Vice- und Deputy-Consul der Vereinigten Staaten von Amerika in Stettin ernannten Kaufmann Paul Grischow ist Namens des Reichs das Equestrum ertheilt worden.

Se Majestät der König hat den Verwaltungsgerichts-Director Gedike zu Potsdam zum Ober-Regierungs-Rath und auf Grund des § 28 des Landesverwaltungsgegesches vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammel. S. 195) den Regierungs-Assessor Herrmann in Köslin zum Stellvertreter des ersten ernannten Mitgliedes des Bezirksausschusses zu Köslin auf die Dauer seines Hauptamts daselbst ernannt; ferner in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Bonn getroffenen Wiederwahl den bisherigen beauftragten Beigeordneten der Stadt Bonn, Peter Innocenz Eller daselbst in gleicher Eigenschaft für eine fertere Amtszeit von zwölf Jahren bestätigt.

Se Majestät der König hat den Divisions-Auditeuren Lindner von der 31. und Winter von der 16. Division und dem Garnison-Auditeur Justiz-Rath Surinski in Danzig den Rang der Räthe vierter Klasse, sowie den Divisions-Auditeuren Moeller und Hengstenberg von der 14. Streit von der 22. Hund von der 11. Merkel von der 13. und Dr. Glasewald von der Garde-Cavallerie-Division den Charakter als Justiz-Rath verliehen und den bisherigen Gerichts-Assessor Friedrich Heinrich August Kaehr zum Auditeur ernannt.

Der Ober-Regierungs-Rath Gedike ist dem Regierungs-Präsidenten in Posen zugewählt worden. (Reichs-Anz.)

Berlin, 8. Januar. [Tages-Chronik.] Der Ausschuss der Schulconferenz beendete gestern vorläufig seine Berathungen, nachdem über die Grundzüge der Reform hinsichtlich der äußeren Stellung der Lehrer und des Berechtigungswesens eine Einigung erzielt war. Die nächste gemeinsame Sitzung ist erst für Februar beabsichtigt. Inzwischen sollen die Reformarbeiten durch Einzelberathungen entsprechend gefördert werden.

An den in der nächsten Zeit beginnenden Berathungen innerhalb der preußischen Regierung über die Ausarbeitung eines einheitlichen preußischen Wasserrechts dürfte auch das Reichsjustizamt theilnehmen. Der Grund liegt in dem privatrechtlichen Theile des Wasserrechts. Auf diesem Gebiete sieht die Gesetzgebung bekanntlich dem Reiche zu; die Richtaufnahme des Wasserrechts in den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs ist lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen beschlossen. Abgesehen davon, daß bei der in Angriff genommenen Revision eine Änderung dieses Beschlusses nicht unbedingt ausgeschlossen erscheint, entspricht es der Auffassung der preußischen Regierung, auf den an sich der Reichsgesetzgebung unterliegenden, zur Zeit aber noch der Landesgesetzgebung überlassenen Gebieten nicht ohne enge Fühlung mit den zuständigen Organen des Reiches gesetzgeberisch vorzugehen. In dem vorliegenden Falle kommt der eng Zusammenhang hinzu, in welchem wichtige Theile des privaten Wasserrechts mit den Grundprinzipien des bürgerlichen Rechtes überhaupt stehen; dieser Zusammenhang bedingt eine stete Rückwirkung der für das bürgerliche Gesetzbuch angenommenen Grundlage auch auf die landesgesetzliche

[8]

Nachdruck verboten.

Maud.

Eine umgelehrte Liebesgeschichte von Edward Bellamy.

Freilich! nicht lange dauerte es, und Mauds Gegenwart wurde Arthur um ihrer selbst willen so interessant, daß er sich nichts Lieberes wünschte, als in der freundlichen Atmosphäre, die sie umwehte, Erholung zu suchen. Wenn er nach den Mühen des Tages zu müde, verstimmt oder träge war, einen anderen Besuch zu machen, flüchtete er zu Maud, in der unerschütterlichen Überzeugung, daß ihr herzliches Willkommen keine leere Form sei, der Wohlthat eines Verkehrs gewiß, der den anderen gelten läßt, wie er ist, ohne den Anspruch an ihn zu erheben, daß er eine heitere Miene zeige, wenn er bedrückt ist, daß er spricht, wenn er schwigen möchte.

„Wenn ich Ihnen zu oft komme, müssen Sie mich nach Hause schicken,“ sagte er eines Abends beim Abschied.

„Warten Sie nur darauf,“ versetzte sie mit strahlendem Lächeln.

„Wirklich?“ rief er. „Mitunter fürchte ich, daß ich Sie durch meine allzu häufigen Besuche belästige.“

„Sie sind von dem Gegentheil überzeugt,“ sagte sie einfach, — und im Geheimen freute er sich, daß sie Recht hatte.

Denn, ohne im mindesten vorzugeben, daß er sie liebe, war er allmälig dahin gelangt, sich auf ihre Liebe für ihn zu verlassen. Es war ihm so zur Gewohnheit geworden, auf ihre Treue zu zählen, daß ein Umschwing ihrer Gefühle ihm sehr unwillkommen gewesen wäre. Nichts zu geben und etwas dafür zu bekommen, ist eine ebenso beliebte wie bequeme Methode, und so erfreute er sich in gewisser Hinsicht der beneidenswerthen Lage eines Bräutigams, ohne irgend eine der Pflichten derselben übernommen zu haben.

In anderer Hinsicht war er freilich dem Bräutigam ferner, als der unverlobte junge Mann es im Allgemeinen zu sein pflegt. Denn in ihren Gesprächen, die sich beinahe über alle Gegenstände zwischen Himmel und Erde verbreiteten (o wie oft bat er Maud im Stillen ab, daß er sie je für langweilig und unbedeutend gehalten hätte), war ein Thema, nämlich das der Liebe, verbüpft. Einmal hatte Maud darüber gesagt, was sie zu sagen hatte, und nicht eher konnte das Interdict aufgehoben werden, als bis Arthur sich entschloß, ihrem Beispiel zu folgen. Selbstverständlich konnte in ihrem Specialfall auch von dem gebräuchlichen Hofmachen nicht die Rede sein, da ihre Intimität an dem Punkte angefangen hatte, wo im Allgemeinen jenes Kleingewürze der Liebe aufzuhören pflegt.

Noch ein anderes war es, das ihrem Umgang ein geschwisterliches

Unb. nicht genug des Leides, erkannte sie nur zu klar, daß jenes falsche, heis beweinte Gerücht auch ihre Freundschaft bedrohte. Es mußte Arthur zu Ohren kommen wie ihr, und ihn gebieterisch an die Notwendigkeit erinnern, um ihrer beider willen einen Verkehr aufzugeben, der in so offensichtlicher Weise der allgemeinen Misdeutung ausgesetzt war. Die Welt hatte ein unleugbares Recht, den gebräuchlichen Abschluß eines so vertrauten Verhältnisses zwischen jungen Leuten zweierlei Geschlechts zu fordern. Diese Erkenntniß vermehrte die Qual ihres Zustandes. Denn die Gezeuge des Herrommens sind in das Herz jedes zartführenden und wohl erzogenen Mädchens so tief geprägt, daß sie nicht ungestraft zu verlezen sind, wie Maud es in der Verzweiflung ihrer unerwiderten und eifersüchtigen Liebe verlacht hatte. Es ist anzunehmen, daß ein glücklicher Ausgang ihre Gewissensbisse sehr vermindert hätte; jetzt aber empfand sie, in ihrem Selbstvertrauen schwer geschädigt, ihr Thun so sehr als Sünde, daß die beleidigte Eitelkeit sich selbst in ihren Träumen an ihr rächtet. Was aber wollte jede andere Pein gegen die Vorstellung bedeuten, den Freund jetzt entbehren zu sollen, da sie mit einer Innigkeit an ihm hing, gegen die ihr früheres Gefühl für ihn zu einem Schatten verblaßte. „Habe ich ihn damals wirklich geliebt?“ fragte sie sich ungläubig, und rückwärts schauend, staunte sie, daß jene schwächeren Empfindung ihr Muth zu ihrem Wagniß gegeben hatte. Ach, daß es nie geschehen wäre! ach, daß sie ihn hätte seines Weges gehen lassen! Wohl, sie hatte auch damals gelitten; was aber wäre jener Schmerz im Vergleich zu dem unendlichen Kummer gewesen, der jetzt ihrer wartete.

Wieder vergingen einige Wochen. Sie brachten scheinbar keinen Wechsel in ihren Beziehungen hervor, nur ein gewisser Zwang trat in Arthur's Wesen ihr gegenüber zu Tage. „Der Anfang des Endes,“ sagte Maud sich und grübelte im schmerzlichen Sinn, ob er es vorziehen werde, die Zahl seiner Besuche allmälig einzuschränken, um sie schließlich im Sande verlaufen zu lassen, oder ihr unumwunden die Gründe auseinanderzusetzen, die ihn zur Einstellung ihres Verkehrs nötigten. In Anbetracht der ihr Verhältnis charakteristischen Offenheit neigte sie zu der letzteren Annahme und versuchte daher, sich für das Unvermeidliche, das sie kommen sah, mit gespannter Seelenstärke zu rüsten. Doch das einzige Resultat ihrer Anstrengungen war, daß sie in siebenerharte Aufregung geriet, wenn ihr Freund zufällig ausblieb, und sie während seiner Besuche nur einen Augenblick des wirklichen Behagens genoß: jenem nämlich, in dem er sich verabschiedete, ohne die gefürchteten Worte gesprochen zu haben. (Schluß folgt.)

Regelung des privaten Wasserrechtes, sodass die letztere nicht wohl ohne Mitwirkung der Reichsjustizverwaltung zweckmäßig erfolgen kann.

Die Nachricht, dass das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr demnächst dem Reichstag vorgelegt werden wird, gewährt die Aussicht auf ein baldiges Insleben treten des Uebereinkommens. Schon im Sommer 1886 waren die Vertreter der am letzteren beteiligten Staaten, Belgien, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreich-Ungarns, Russlands und der Schweiz in Bern zu einer Schlusskonferenz zusammengetreten. Der deutsche Bundesrat hatte dem Uebereinkommen im Juni 1890 seine Zustimmung gegeben. Am 14. October v. J. wurde dasselbe von den Vertretern der genannten Staaten in Bern unterzeichnet. Jetzt haben noch die verschiedenen geschiedenden Körperschaften ihre Zustimmung zu ertheilen. Das Uebereinkommen zerfällt materiell in drei Theile. Der eine handelt von den Bedingungen der Zulässigkeit zur internationalen Beförderung, der zweite setzt die Rechte und Pflichten der Absender und Empfänger einerseits und der Eisenbahnverwaltungen andererseits, sowie das Verhältnis zu einander fest und der dritte regelt die gegenseitigen Beziehungen der verschiedenen an dem Vertrage beteiligten Eisenbahnverwaltungen. Der Vertrag berührt in keinem Punkte die interne Regelung des Eisenbahnverkehrs der einzelnen Staaten. Sobald übrigens die Ratifikationsurkunden zu dem Uebereinkommen ausgetauscht sein werden, wird die erste Arbeit die Errichtung und Organisation eines Centralamtes in Bern sein, welches im großen Ganzen die Aufgaben einer leitenden Geschäftsstelle bei der Ausführung des Uebereinkommens erfüllen soll. Die Kosten desselben sind vorläufig im Höchstbetrage auf jährlich 100 000 Mark veranschlagt und werden von den einzelnen Eisenbahnverwaltungen nach Maßgabe der Kilometerlängen ihrer heiligen Strecken aufgebracht werden. Solche auf internationalen Conventions aufgebauten Geschäftsstellen bestehen auch jetzt schon. Wir erinnern nur an das internationale Maß- und Gewichtsbureau in Paris, zu dessen Kosten vom Reiche ein jährlicher Beitrag geleistet wird, der im Etat für 1891/92 auf 9200 Mark veranschlagt ist.

* Berlin, 8. Januar. [Stadtverordneten-Versammlung.] Vorsteher Dr. Stryk eröffnet die Sitzung. Es wird das vom Kaiser eingetroffene, bereits im Vorlaute mitgetheilte Antwortschreiben auf die Glückwünsche der Stadtverordneten-Versammlung verlesen. Die Versammlung hat sich — mit Ausnahme der Vertreter der Arbeitspartei — während der Verlesung des Schreibens von den Plätzen erhoben und bringt auf die Aufforderung des Vorstehers auf den Kaiser und das ganze kaiserliche Haus ein dreifaches Hoch aus. Von der Frau Dr. Schliemann ist eine telegraphische Dankesagung eingegangen für die ihr von der Versammlung gewidmete Beileids-Abreise. Hierauf legt der Vorsteher sein Amt nieder, und die Versammlung schreitet unter Leitung des Vorstehers-Stellvertreters Dr. Langerhaus zur Neuwahl eines Vorstehers, nachdem die Mitglieder sich auf Anregung des Stadtv. Reich von ihren Plätzen erhoben haben, um dem bisherigen Vorsteher Dr. Stryk für seine unparteiische und umstötzige Leitung ihren Dank auszudrücken. Dr. Stryk wird mit 90 von 99 abgegebenen Stimmen wiedergewählt, acht Stimmen entfallen auf den Stadtv. Singer, eine auf Stadtv. Spinala. Dr. Stryk nimmt die Wahl dankend an und übernimmt wieder den Vorst. — Bei der Wahl eines neuen Vorstehers-Stellvertreters entfallen von 105 abgegebenen Stimmen 87 auf den bisherigen Stellvertreter Dr. Langerhaus, 11 auf Stadtv. Singer, die übrigen Stimmen zerstreut sich. Der somit wiedergewählte Dr. Langerhaus nimmt die Wahl dankend an. Die bisherigen drei Beisitzer, Stadtv. Seifert, Siebmacher und Gercke, sowie deren Stellvertreter Solon, Bulle und Weiß werden ebenfalls wiedergewählt. Nach Erledigung der weiteren zur Konstituierung der Versammlung nötigen Geschäfte beschließt dieselbe, die Sitzungen wie bisher Donnerstags stattfinden zu lassen. — Es folgt die Vorlage, betr. die Ueberlassung von Schulräumen an die freireligiöse Gemeinde. Der Magistrat hat der Versammlung eine Aburk des Bescheides zugehen lassen, der dem Vorstande der freireligiösen Gemeinde auf dessen Gesuch ertheilt worden ist. In dem Bescheide wird ausgeführt, dass nach den geltenden Bestimmungen in der freireligiösen Gemeinde nur Unterricht ertheilt werden darf, wenn der Lehrer die dazu nötige Befähigung besitzt und wenn außerdem nachgewiesen wird, dass der Lehrinhalt den Gelehrten nicht widerwirkt. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, so werde die Schuldeputation die Concession bei dem Provinzial-Schulcollegium beantragen, und wenn diese ertheilt sei, werde der Magistrat der freireligiösen Gemeinde Schulräume gegen die üblichen Bedingungen überlassen. — Stadtv. Vogtherr führt aus, dass die Angelegenheit hiermit nur formell erledigt sei. Das alte

Sprichwort „Was lange wählt, wird gut“ sei in diesem Falle sicher nicht anzunehmen. Neun Monate habe der Magistrat zu der Vorlage gebraucht und dabei ein Uebermaß von Mangel an Sachkenntniß und ein Riesenmaß von Inconsequenz an den Tag gelegt. Man komme jetzt mit denselben Gründen, welche schon vor zwei Jahren geltend gemacht wurden. Stadtschulrat Bertram habe schon früher gesagt, dass er die Verhältnisse der freireligiösen Gemeinde nicht kenne, und dies sei ihm zu glauben. Der Magistrat besitzt gar nicht das Recht, dassjenige zu fordern, was er zur Gewährung der Wünsche der freireligiösen Gemeinde zur Bedingung mache. Die Ministerial-Vorlage vom 26. Januar 1875 bestieh noch zu Recht, und diese zeige deutlich, dass der Magistrat sich gar nicht darum zu kümmern brauche, welchen Religionsunterricht diejenigen Kinder genehmen, die von dem Religionsunterricht in der Schule dispensirt sind. Dies sei um so mehr wörtlich zu nehmen, da die Kinder auch in anderen Zweigen des Schulunterrichts mit religiösen Dingen befasst werden (Unruhe), von denen sie betroffen werden müssten. Er halte es für wünschenswerth, dass wir schließlich auf den Standpunkt der französischen Schulen kämen, aus denen der Religionsunterricht überhaupt ausgemerzt ist. Die Nachweise, die der Magistrat verlangt, zeigen deutlich, dass der Stadtschulrat Bertram und seine Gesinnungs-Genossen numeros mehr den Geist begreifen könnten, der die freireligiöse Gemeinde befällt. Die Anhänger der letzteren hüten sich beispielweise soweit wie möglich, ihren Kindern eine Bibel in die Hand zu geben, wegen der vielen unsittlichen Stellen, die sie enthalten. Vorläufig sei die Sache allerdings als abgeschlossen zu betrachten, aber dass eine sei sicher, dass der Magistrat sich dabei nicht mit Ruhm bedeckt habe. — Stadtschulrat Dr. Bertram: Zunächst muss ich darauf aufmerksam machen, dass der Vorredner stets von meiner Person sprach, während er doch wissen muss, dass ich nur als Vertreter des Magistrats hier stehe und in dessen Namen spreche. Aber ich erkläre ferner, dass ich voll und ganz den Inhalt des Bescheides unterschreibe. Der Vorredner wird mir zugeben müssen, dass im Laufe des Sommers der Vortrag gemacht wurde, die freireligiöse Gemeinde in Zukunft „atheistische Gemeinde“ zu nennen. In dem Allgemeinen Landrecht wird bestimmt, dass Religions-Gesellschaften diejenigen Bedingungen zu erfüllen haben, die vom Magistrat gestellt werden. Das von dem Vorredner angeführte Ministerial-Script habe mit der vorliegenden Frage gar nichts zu thun, denn in denselben steht doch nicht, dass Jeder im Staate lehren könne, was er wolle. Auch der Artikel der Verfassung, der die Religionsfreiheit bestimmt, könnte nicht angeführt werden, denn die freireligiöse Gemeinde lehrt gar keine Religion. Unter Religion, welcher Art sie auch sei, versteht man doch immer Beziehungen zu einem höheren Wesen, das wir Gott nennen, die freireligiöse Gemeinde behandelt aber die Beziehungen der Menschen zur Welt. Eine derartige Lehre kann höchstens als eine „Morallehre“ bezeichnet werden, diese werde auch in der Schule getrieben, und daraus folge, dass jemand, der einen Lehrgegenstand, welcher in der Schule gelehrt wird, lehren will, auch seine Befähigung dazu nachweisen muss. Welche Verwaltung und welche Stadtverordneten-Versammlung werde es wohl verantworten können, dass freireligiöse Gemeinde zu ihrer Lehre Hilfe zu leisten? Die Rede des Stadtv. Vogtherr musste den Magistrat doch sicher in der Überzeugung verstärken, dass mit dem Bescheide nur Recht geschieben sei. Die freireligiöse Gemeinde will dem Glauben, der Sitte und der Religion des weitaufliegen Theiles der Bürgerschaft ins Gesicht schlagen und dies Unterfangen solle man noch mit Geld unterstützen. (Unruhe, Rufe: Nein!) Herr Vogtherr kann versichert sein, dass bei dem Magistrat eine Sinnes-Aenderung niemals eintreten wird. — Stadtv. Vogtherr entgegnet, dass der Magistrat einen Standpunkt zu der Frage annimme, der polizeilicher sei wie der der Polizei. Es würde doch sicher nur ein gutes Licht auf den Magistrat werfen, wenn desselbe auch den Wünschen der Minderheit der Bevölkerung Rechnung trage, zumal dieselbe, wie bekannt sei, fast lediglich aus Arbeiterkreisen zusammensetze. — Der Schlussantrag wird angenommen, trotzdem sich noch mehrere Redner zum Worte gemeldet haben. Die Angelegenheit ist hiermit erledigt.

Der Versammlung ist vom Magistrat das Acten-Material zur Kenntnisnahme zugeföhrt worden, welches zwecks Unterforschung des am 19. September v. J. auf dem Grundstück Friedrichstraße 134 stattgehabten Brandes angelegt worden ist. — In eingehender Weise schildert der Referent, Stadtv. Meyer I, zunächst an der Hand eines auf einer großen Tafel befindlichen Situationsplans die Lage des in Rede stehenden Hauses und diejenige der Fuchs'schen Wohnung. Alle Bemühungen, eine bestimmte Aufklärung über die Ursach des Brandes zu erhalten, sind vergeblich geblieben. Die Annahme, dass der Sohn des Herrn Fuchs, der kurz vor dem Brande aus dem Kapeller nach Hause gekommen ist, in unvorsichtiger Weise mit einem Streichholz umgegangen ist, wird von Fuchs jun. mit aller Entschiedenheit als irrig bezeichnet. Dann wurde erzählt, dass eines der beiden verbrannten Dienstmädchen vorsätzlich das Feuer angelegt habe, um sich und die Familie Fuchs zu verbrennen. Aber diese Annahme habe bei ihrem Lautwerke nur Entrüstung hervorgerufen, da der ganze Charakter des lebenslustigen Mädchens und ihr gutes Verhältnis zu ihrer Herrschaft im direkten Widerspruch zu einer so ungemeinlichen Behaftung standen. Am meisten Wahrscheinlichkeit habe die Annahme, dass die elektrische Beleuchtung den Brand verursacht habe. Allerdings habe das Gutachten der electro-technischen Gesellschaft dies bestritten; aber es sei wohl wünschenswerth gewesen, wenn noch andere Sachverständige vor-

nommen worden wären. Der Referent führt sodann aus, dass die Feuerwehr mit erstaunlicher Umficht gearbeitet habe. Fast unmittelbar nach dem Brände sei sie zur Stelle gewesen und sofort in Thätigkeit getreten. In den Fuchs'schen Räumen und unter den darin befindlichen Personen müsse eine ungeheure Verwirrung Platz gegriffen haben. Aus den Rufen des fast wahnsinnigen Herrn Fuchs habe kein Mensch entnehmen können, wo sich die Kinder eigentlich befanden. Nach weiteren eingehenden Erläuterungen des Referenten schließt derselbe mit folgenden Worten: Nach allem, was aus den Akten zu entnehmen ist, hat die Feuerwehr ein Versehen nicht begangen. Jeder, der die Akten sorgfältig studirt, muss zu der Überzeugung gelangen, dass die Feuerwehr mit aller Sorgfalt und Schleunigkeit den ihr gestellten Aufgaben gerecht geworden ist. Wenn sie nicht in der Lage war, Menschenleben zu retten, so lag es außerhalb ihrer Macht. Unsere Feuerwehr ist noch dieselbe altbewährte, als welche sie sich immer bewährt hat und ihr alter guter Ruf, auf welchen der Berliner immer so stolz war, ist durch die traurige Angelegenheit nicht beeinträchtigt worden. (Lebhafter Beifall.) — Stadtv. Richter spricht seine Freude über das Ergebnis der Untersuchung aus, worauf die Angelegenheit erledigt ist.

Die Stadtverordneten Weiß und Bortmann erstatten Bericht über mehrere Rechnungssachen. Bei dieser Gelegenheit bemängelt Stadtverordneter Singer, dass die zur Ausschmückung der Straßen bei Gelegenheit des Antritts des Königs von Italien bewilligten 150 000 M. um 25 563 Mark überstrikken worden sind. Redner weist darauf hin, dass s. B. nur eine Stimme den Ausschlag gab, als es sich um Bewilligung eines 150 000 Mark zu gedachtem Zwecke handelte. Dies hätte doch dem Magistrat erst recht eine Rücksicht sein sollen, die Summe nicht zu überschreiten. Mit Rücksicht ferner darauf, dass die Summe nur einem ganz vorübergehenden Zwecke dienen sollte, wäre er eigentlich dafür, dass diejenigen Herren, welche den Etat überschritten, nun auch den Fehlbetrag aus ihrer Tasche deckten. (Heiterkeit.) — Die Rechnungen werden nach den Vorschlägen des Ausschusses erledigt. — Die beiden Entwürfe in Betreff des Umbaus der Waisen- und der Kurfürstenbrücke werden genehmigt. Die Versammlung ernnt sodann Deputierte zur Vorbereitung eines Festmahl's am Geburtstage des Kaisers. — Der Antrag des Stadtverordneten Dr. Friedemann und Genossen, betr. die Aufstellung einer Büste H. Schliemanns im Rathause, wird einem Ausschuss überwiesen.

[Die Kaiserin Friedrich] hat dem hiesigen Magistrat auf dessen Neujahrsglückswünschadresse folgende Antwort zugehen lassen:

Der Magistrat hat Mich durch altgewohnte Neujahrsgruß und nicht minder durch teilnehmende Worte erfreut, mit welchen er der Geburt Meines jüngsten Enkels gedacht. Gern benütze ich diesen Anlass, um mit Meinem Danke der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass das eben beginnende Jahr die Wünsche erfüllen möge, welche Ich in herzlicher Theilnahme für die Wohlfahrt der Hauptstadt und ihrer Bürgerschaft bege.

Berlin, den 6. Januar 1891. gez. Victoria, Kaiserin und Königin Friedrich."

An den Magistrat zu Berlin.

[Parlamentarischer.] Da der Abg. Dr. Zelle erklärt hat, dass er wegen gleichzeitiger Zugehörigkeit zu der Commission für das Schulgesetz aus der Commission für die Landgemeindeordnung ausscheiden müsse, bat die freisinnige Partei den Abg. Rickert in die legtgennannte Commission delegiert.

[Das Reichs-Versicherungsamt] hat kürzlich bezüglich eines Unfalls eines forstfisikalischen Arbeiters ein beachtenswertes Gutachten abgegeben. Der Arbeiter hatte bei Anlegung von „Schneisen“ zu einer vom Oberförster abzuhaltenen Jagd einen Unfall erlitten. Die niedere Jagd war dem Oberförster vom Forstfisikus verpachtet, und es sollte eine Entenjagd auf dem verpachteten Jagdgebiete veranstaltet werden. Das Reichs-Versicherungsamt hat nun in Übereinstimmung mit dem preußischen Land- und Forstwirtschaftsminister der betreffenden Königlich preußischen Bezirksregierung gegenüber seine Ansicht dahin ausgesprochen, dass der Unfall des Waldarbeiters unter den obwaltenden Umständen als im staatlichen Forstbetrieb geschehen zu erachten sei.

L. C. [Die Reichstagscommission für die Novelle zum Patentgesetz] begann am Donnerstag ihre Arbeiten. Die Abg. Kaufmann und Münnich hatten zu § 1 des Gesetzes beantragt, in der grundlegenden Bestimmung: Patente werden ertheilt für neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwertung gestatten, an Stelle der Vererbung zu sehen: „Verwendung“. Der Antrag, der nur gestellt war, um eine Discussion über die Grundlagen des Gesetzes zu ermöglichen, wurde, nachdem dieser Zweck erreicht war, zurückgezogen. Nur Abg. Münnich erklärt sich gegen das Vorprüfungsvorfahren. Zu § 2 wollte Abg. Goldschmidt hinzufügen: Als öffentliche Druckschriften im Sinne des vorstehenden Absatzes gelten nicht solche Patentschriften, deren Urheber der Annelder des deutschen Patents oder dessen Rechtsvorgänger ist, wenn seit ihrer Veröffentlichung nicht mehr als sechs Monate vergangen sind. Abg. Buol beantragt, die Klausel im § 2 auf Druckschriften aus den letzten 50 Jahren zu beschränken. Der Antrag Buol wird mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen, die Abstimmung über den Antrag Goldschmidt bis zur Beratung über § 12 ausgesetzt. § 3 al. 1 (Anspruch auf Erhei-

Kleine Chronik.

Johann Orth. Nachdem es leider nicht länger bezweifelt werden kann, dass Johann Orth mit seinem Schiffe „Santa Margherita“ und dessen Mannschaft bei der Umschiffung Südamerikas in einem Seesturm den Untergang gefunden, sucht die allgemeine Theilnahme für das Schicksal des unglücklichen Mannes möglichst bestimmten und sicheren Aufschluss darüber zu erlangen, wo, wann und unter welchen Umständen die Katastrope erfolgt ist, deren Opfer Johann Orth mit den Seinen geworden. Ein Beitrag zur Lösung dieser Fragen bietet ein Schreiben, das der Director der deutschen Seewarte in Hamburg, Geheimrat Dr. Neumayer, an den Director des hydrographischen Amtes in Pola, Herrn Robert Müller, gerichtet hat und das der „A. Fr. Pr.“ zur Einsichtnahme mitgetheilt worden ist. Geheimrat Neumayer, der persönlich von dem lebhaftesten Interesse für Johann Orth erfüllt ist, den er während dessen Aufenthaltes in Hamburg schätzen und ehren lernte, erklärte zunächst, dass das Resultat seiner Nachforschungen in den Büchern der vom Cap Horn nach Hamburg heimfahrenden Schiffe ein durchaus negatives war und dass er keinerlei Nachricht über die „Santa Margherita“ erlangen konnte. Dagegen sendete er dem Herrn Director Müller eine in drei Blättern zusammengefasste Uebersicht der Witterungsvorgänge in der Umgebung des Cap Horn von Mitte Juli bis Ende August vorigen Jahres, woraus hervorgeht, dass in der That die Lage eines um diese Zeit vom La Plata um das Cap Horn nach der Westküste Südamerikas fahrenden Segelschiffes von manngroßen Gefahren begleitet war. Geheimrat Neumayer spricht seine Meinung dahin aus, „dass die größte Gefahr für ein Buschadenkommen des Schiffes wohl zur Zeit der Umsegelung des Cap Desire (48 Grad südlicher Breite und 66 Grad westlicher Länge) vorgelegen haben mag, da am 20. Juli, also sieben Tage nachdem die „Santa Margherita“ den La Plata verlassen, ein orkanartiger Sturm aus Ost und Ost-Südost mit außerordentlich schweren Winden in jener Gegend wütete. Es kann daher dem Schiffe ein Unfall schwerster Art zugestossen sein, und es wäre immerhin möglich, dass Spuren des Schiffes und der Mannschaft südlich von der bezeichneten Stelle an der Küste von Patagonien zu finden wären. Es müsste sonach getrachtet werden, durch Entsenden eines geeigneten Schiffes Aufklärung über das Schicksal Johann Orths zu erhalten.“ — Auf Grund der vom Geheimrat Neumayer zusammengestellten Wettermeldetabellen wird der „A. Fr. Pr.“ ferner von einem Seemann geschrieben: „An der Ostküste von Patagonien herrschten vom 20. bis 26. Juli zwischen den Breite-Parallelen von 45. bis mindestens 50. Grad südlicher Breite schwere östliche Stürme, und es ist gar kein Zweifel, dass die „Santa Margherita“ in diese ungefähr 360 Meilen breite Sturmzone gerathen war. Gelang es dem Schiffe vor Beginn des Sturmes, also während der Zeit vom 14. bis 19. Juli, einen ausreichenden Seeraum zu gewinnen, das heißt, auf einige hundert Meilen von der Küste zu gelangen, so hätte, eine gute Führung vorausgesetzt, die Sturmzone keine Gefahr mit sich gebracht. Gefahrlos, wenn nicht verzweifelt, müsste sich aber die Lage des Schiffes gestalten, wenn das-
selbe zu nahe unter der Küste (auf etwa 40 bis 60 Meilen) vom Sturme überfegt wurde; in einem solchen Falle dürfte es selbst einem vorzüglichen Segler kaum gelingen, sich während einer sechzägigen Sturmperiode unter dem Andrange einer hohen See von der Küste freizusegeln, umso weniger einem Schiffe wie die „Santa Margherita“, welche nur Ballastladung hatte. Während derselben Zeit herrschten südlich von der Staaten-Insel vorwiegend Winde aus nördlichen bis westlichen Richtungen, die mit Beginn des Monats August in Stürme aus westlichen Rich-

tungen übergingen. Im Westen vom Cap Horn stellten sich die leichten Stürme bereits am 25. Juli ein und wüteten nach einer kurzen Unterbrechung mit besonderer Heftigkeit in der Zeit vom 4. bis 9. August. Die Schiffe meldeten schwere See in der Gegend des Cap Horn und sahen sich gezwungen, beizulegen. War daher die „Santa Margherita“ der Sturmperiode an der patagonischen Küste glücklich entgangen, so geriet das Schiff nun in das Sturmgebiet des Cap Horn. Wie immer das Schicksal der Heimfahrenden sich auch gestalten haben möchte, so viel steht fest, dass das Schiff die ungünstigsten Verhältnisse bei der vorgehabten Segelfahrt um das Cap Horn angelassen hatte.“

Contessa Veneranda. Aus Venedig schreibt man dem „A. W. Tgl.“: Am 2. Januar starb zu Venedig eine hier allgemein verehrte und im Volle nur als die „Contessa Veneranda“ bekannte österreichische Aristokratin. Es ist dies die hochstehende Gräfin Johanna Thun-Hohenstein-Koller. Die einst ob ihrer großen Schönheit sehr gefeierte Gräfin, Witwe des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Thun, hatte sich seit fünfzehn Jahren nicht mehr aus Venedig hinausgerührt. Ihre reizende Palazzina am Canal Grande, ein wahres Schmuckstück, bildete einen Sammelpunkt vornehmer Künstler und eine Zufluchtstätte Armer und Hilfsbedürftiger. Ihre Gondel mit den alteingesetzten blauen Kleidern der Dienstmädchen stand den ganzen Tag an der Seite des Palästchens in Bereitschaft. Zur Sommerszeit, wenn schon Alles der unerträglichen Hitze halber aus Venedig geflohen war, schwamm das zierliche Fahrzeug allein noch den Canalazzo auf und nieder oder bog in die entlegenen Kanächen ein und verlor sich in die verborgnen Wassergrächen, denn die „Contessa Veneranda“ schwärzte ebenso sehr für das Boot und seine Tüten, als für die Lagune selbst. Ihre Begleitung oder Escorte bildeten jährlich zwei kleine schneeweiße Hündchen, die sich mutwillig in der Gondel herumtrieben. Als einer blutigen Comtesse wurde der nachmalige Gräfin Thun mehrere Male die Auszeichnung zu Theil, in Neapel und Rom, wo ihr Vater zur Zeit österreichischer Gesandt gewesen, mit dem Kronprinzen von Preußen, späteren Kaiser Wilhelm, zu tanzen. Bis ins höchste Greisenalter schwärzte denn auch der Kaiser für die begehrte Comtesse und erkundigte sich, wo er Gelegenheit fand, eingehend um deren Besinden. Als anlässlich des Kaiserjubiläums der Bruder der Verstorbenen, der ehemalige Kriegsminister Baron Koller, als Stellvertreter des Kaisers Franz Josef nach Berlin entsendet wurde, erinnerte sich der „alte Wilhelm“ immer noch seiner Jugendswärme und interpellirte Baron Koller bei der Hofstall betreffs seiner ehemals so schönen Schwester. Die Gräfin, gerührt ob dieser treuen Erinnerung, schrieb einen dankbaren Brief an den Kaiser, welcher ihr ein langes eigenhändiges und der liebenswürdigsten Galanterie nicht ermangelndes Schreiben sandte, das natürlich seither als Familienleibod bezeichnet wird. Eine andere Relique hält die Verstorbenen sehr hoch, es ist dies eine Uniform Napoleons I., welchen ihr Vater nach Elba begleiten musste. Benedikt ist durch ihren Tod um eine populäre Figur und um eine Wohl-

theit Deutschen zu wenig, er reise überhaupt zu wenig, höre und glaube zu viel, was in französischen Heftblättern stände. Diese seltsam schreiben auch nicht aus Überzeugung Heftartikel, sondern gewissermaßen aus Gewohnheit, weil sie glaubten, ihr Publikum verlange dergleichen. Es fehle an populären Reisebeschreibungen in französischer Sprache über Deutschland. Derjenige, welcher in populärer und namentlich humoristischer Form dem Erzfranzosen Deutschland näher brächte, erwürbe sich ein Verdienst um den Frieden u. c. Dies veranlasste mich, an den bekannten Schriftsteller Jules Verne, Verfasser von „Die Reise nach dem Mond“, „Reise um die Erde in 80 Tagen“ u. c. zu schreiben und ihn zu bitten, dieser Frage näher zu treten, ein Buch zu schreiben, etwa „Reise durch Deutschland in 30 Tagen“ oder dergleichen, und so Verständnis bei seinen Landsleuten, namentlich der Jugend, für Deutschland anzurecken, meine Mitarbeiterchaft anbietend u. c. Die Antwort erfolgte umgehend. Sie lautet in der Übersetzung:

Mein Herr! Ich habe mir Ihren Brief übersehen lassen müssen, denn ich verstehe kein Deutsch! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie in mich setzen, aber ich bin keineswegs darauf angewiesen, die Intimität zwischen den beiden Völkern wieder herzustellen. Wenn Sie sich findlich gefunden sind, so geschieht dies nicht deshalb, weil Sie sich etwa nicht kennen, im Gegenteil, und der Roman, dessen Idee Ihnen vorschwebt, würde gar keinen Erfolg haben. Es gibt nur einen Act der Wiederherstellung, welcher im Stande wäre, die Gefühle der Franzosen gegen die Deutschen zu modifizieren. Ich habe nicht nötig, Ihnen anzudeuten, welchen Act ich meine. Alles, was außerhalb dieses Actes liegt, wird eitel, illusorisch, unaufführbar sein.

Empfangen Sie u. s. w. Jules Verne.“

Eine muhammedanische Alextin. Nach einer Mitteilung der „Med. News“ hat eine junge Muhammedanerin aus

lung des Patents) wied in der Fassung der Vorlage angenommen. Ein Antrag Goldschmidt auf Erteilung von Abhängigkeitspatenten und Entscheidung über die Rechte aus beiden Patenten im Rechtswege wird allseitig bekämpft und schließlich zurückgeworfen. Dagegen wird ein Antrag Kaufmann-Wünch mit allen gegen eine Stimme angenommen. Danach erhält § 3 folgenden Zusatz: „Selbst dieser (der Inhaber des früheren Patents) innerhalb vier Wochen nach Rechtskraft der dem Einspruch stattgebenden Entscheidung diejenige Erfindung mit dem Antrage auf Erteilung des Patents an, so steht der Veröffentlichung dieser Erfindung, die durch das Patentamt in Folge der Annahme durch den Entdecker bewirkt ist, sowie eine nach dieser Veröffentlichung erfolgte öffentliche Beschreibung oder offenkundige Benutzung der Erfindung der Erteilung des Patents nicht entgegen.“

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 9. Januar.

* Vom Sommerfahrtplan. Wie bereits mitgetheilt, soll der Orient-Expresszug auf der am 14. d. Mts. in Berlin tagenden internationalen Konferenz zur Feststellung des diesjährigen Sommerfahrtplans auf den mitteleuropäischen Eisenbahnen eine wesentlich andere Lage erhalten. Wie wir nunmehr erfahren, handelt es sich dabei um eine Verlegung der Absahrtszeit von Berlin; der Orient-Expresszug soll erst eine Stunde später als bisher, nämlich um 4 Uhr Nachm. d. i. nach Schluss der Börse von Berlin abgehen. Der Aufenthalt in Breslau, wo alsdann der Zug erst um 9½ Uhr Abends eintreffen wird, soll nicht mehr eine halbe Stunde betragen, sondern so verkürzt werden, daß dadurch und mittelst beschleunigter Fahrt Oderberg zur selben Zeit wie bisher erreicht wird.

* Zum Posener Eisenbahnglück. In dem Befinden der zwölfjährigen Wanda Kozlowicz, der Tochter des bei dem Eisenbahnglück ums Leben gekommenen Bauaufsehers Anton Kozlowicz, ist, wie der „Pos. B.“ mitgetheilt wird, erfreulicher Weise seit Mittwoch eine nicht unerhebliche Besserung eingetreten. Das bedauernswerte Mädchen hat gestern die Sprache und das Bewußtsein wieder erlangt und kann sich auch bereits dünkel der entsetzlichen Vorgänge bei der Entgleisung des Zuges entwinden. Gestern Nachmittag wurde der Vater des unglücklichen Mädchens vom Krankenhaus am Bernhardinerplatz aus beerdigt. Eine große Menschenmenge gab ihm das Geleite. — In dem Befinden der übrigen bei dem Eisenbahnglück schwer verletzten ist keine nennenswerte Veränderung eingetreten. Nur das Allgemeinbefinden des Schülers der landwirtschaftlichen Schule zu Fraustadt, Eugen Neek, hat sich noch mehr verschleimmt, die Auslösung des Knaben soll unmittelbar bevorstehen.

* Der Verein der Annaburger hält am Freitag, den 9. d. Mts., im Restaurant „Stadt Danzig“, Schmiedebrücke 58, seine diesjährige ordentliche General-Versammlung ab.

* Besitzerveränderung. Die Apotheke in Wüstegiersdorf ist dieser Tage durch Kauf für den Preis von nahe an 160 000 M. in den Besitz des Apothekers Fuchs aus Ratibor übergegangen. Der bisherige Besitzer, Apotheker Scheffler, hat sie vor 3 Jahren für ca. 150 000 M. gekauft.

* Vermisst wird, wie die „Schles. Volks-Ztg.“ meldet, seit Anfang der Woche der Pfarrer Müller von St. Nicolai hier selbst. Derselbe ist Montag, Abends 6 Uhr, mit dem Camenzer Zuge von Neisse abgereist, um nach Breslau zurückzufahren, ist aber bis heute Morgen hier noch nicht eingetroffen.

* Glogau, 8. Januar. [Jubiläum des Oberbürgermeisters.] Heute feierte, wie bereits gemeldet, Oberbürgermeister Martins das 25-jährige Jubiläum als Oberbürgermeister unserer Stadt. Am Vorabende des Festtages brachten die Glogauer Einwohner dem Jubilar einen 250 Taelchen zählenden Fadenglocke dar. Heute hatten sämtliche städtische Gebäude und viele Privathäuser gesplatt. Am frühen Morgen schon empfing, nach dem „Riederich. Anz.“, der Oberbürgermeister die Glückwünsche seiner Hausegenossen und Familienangehörigen; später erschienen diejenigen Bürger der Stadt, welche zu ihm in engeren Beziehungen stehen, und um 1½ Uhr eine aus dem Stadtkindicus Kühnast, sowie den Stadträthen Gleemann, Mehnert und Pioletti bestehende Deputation des Magistrats, welche eine prachtvolle Adresse überreichte. Die nächste Deputation, vom Magistrat und den Stadtverordneten vereint gestellt, überreichte unter einer Ansprache des Stadtverordnetenvorsteigers Höfmeister als kostbares Ehrengeisch einen hohen silbernen Potaf. Die hierauf eintretende Deputation der städtischen Beamten unter Führung des Kämmerers Anders überreichte ein schönes Album mit den Photographien aller städtischen Beamten und mit Abbildungen der bemerkenswerthen Punkte der Städterweiterung. Eine weitere Abordnung des alten Glogauer Turnvereins, sowie eine solche des Turn-

* Breslau. 9. Januar. [Von der Börse.] Die Börse zeigte heute eine im Allgemeinen feste Tendenz. Letztere hielt auch bis zum Schlusse stand, abgesehen von Bergwerksactien, welche im Verlaufe des recht geringen Geschäfts langsam abbröckelten, dann wieder besser wurden, um sich später nochmals abzuschwachen. Als Grund für die lustlose Haltung des Montan-Marktes wurden zunächst Abgaben eines Berliner Speculanen angeführt, ferner der Artikel eines Berliner Börsenblattes, welcher die jüngst verbreiteten günstigen Rentabilitätsziffern der Laurahütte zu widerlegen sucht. — Rabennoten lagen bemerkenswerth günstig, ebenso Italiener, für welche im Gegensatz zu gestern gute Kauflust vorhanden war.

Per ultimo Januar (Course von 11—13½ Uhr): Oesterr. Credit-Aktion 175 bez., Ungar. Goldrente 91½ bez., do. Papierrente 89½ bez., Verein. Königs- und Laurahütte 142½—1½—3½—1½ bez., Donnersmarckhütte 89—1½—1½ bez., Oberschles. Eisenbahnbetrieb 89½—89½ bez., Orient-Anleihe 11 77½ bez., Russ. Valuta 238—237½—238 bez., Türken 18½ bez., Italiener 92½—93 bez., Türk. Loose 80½ bez., Schles. Bankverein 124 Br., Breslauer Disconto-bank 106½ Br., Bresl. Wechslerbank 105½ Br., Lombarden 59½ bez., Kattowitzer 130 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.

Aus Wolffs Teigr. Bureau:

Berlin, 9. Januar, 12 Uhr — Min. Credit Actien 175, — Laurahütte —. Ruhig.

Berlin, 9. Januar, 12 Uhr 30 Min. Credit Actien 175, 20. Staatsbahn 109, 70. Lombarden 59, 40. Italiener 92, 90. Laurahütte 142, 90. Russ. Noten 237, 70. 4½. Ungar. Goldrente 91, 70. Orient-Anleihe 11 77, 40. Mainzer 117, 50. Disconto-Commandit 216, —. Türk. Loose 80, 60. Fest.

Wien, 9. Januar, 10 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Actien 307, 65. Marknoten 56, 40. 4½% Ungar. Goldrente 103, 25. Fest.

Wien, 9. Januar, 11 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Act. 307, 15. Anglo Austrian 165, 50. Staatsbahn 246, 75. Lombarden 132, 50. Galizier 208, 50. Oesterr. Silberrente 90, 70. Marknoten 56, 32. 4½% Ungar. Goldrente 103, 20, do. Papierrente 100, 90. Alpine Montan-Action 92, 30. Schwach.

Frankfurt a. M., 9. Januar. Mittags. Credit-Actien 272, 12. Staatsbahn 219, 25. Galizier 185, 25. Ung. Goldrente 91, 70. Egypter 97, 30. Laurahütte 143, —. Fest.

Paris, 9. Januar. 3½% Rente 95, 40. Neueste Anleihe 1871, 70. Italiener 92, 40. Staatsbahn 546, 25. Lombarden —. Egypter 489, 37. Fest.

London, 9. Januar. Consols von 1889 96, 37. Russen Ser. II 48, —. Egypter 96, 50. Kalt.

Wien, 9. Januar. [Schluss-Course.] Behauptet.

Cours vom 8.	9.	Cours vom 8.	9.
Credit-Actien .. 307 50	307 35	Marknoten ..	56 27
St. Eis.-A.-Cert. 246 85	246 25	4½% ung. Goldrente .. 103 —	103 20
Lomb. Eisenb. 133 25	132 65	Silberrente .. 90 70	90 75
Galizier .. 208 25	209 —	London ..	114 65 114 55
Napoleonsd'or .. 9 10	9 08	Ungar. Papierrente .. 100 90	100 90

Glasgow, 9. Januar, 11 Uhr 10 Min. Vormitt. Roheisen Mixed numbers warrants 46, 8½. Stetig.

vereins „Jahn“ überbrachten die Glückwunschiessens ihrer Vereine. Hieran schlossen sich als Vertreter der städtischen Schulen Director Dr. Lundebehn, Rector Noack, Rector Schnura, die Geistlichkeit und viele andere Gratulanten. Der Geehrte beantwortete sämtliche Anfragen in schlichter, herzgewinner Weise. Aus Nah und Fern ist eine überreiche Anzahl von Blumenpenden, telegraphischen und schriftlichen Glückwünschen eingegangen, wie das bei der allgemeinen Beliebtheit, deren unser Martins weit über die Grenzen unseres Kreises hinaus sich erfreut, von vornherein nicht anders zu erwarten stand.

* Jauer, 8. Jan. [Ersatzwahl.] Bei der heute hier stattgefundenen Ergänzungswahl von Wahlmännern war die Beteiligung, wie das hierige „Stadtbl.“ berichtet, eine schwächere als bei der Hauptwahl; im Ganzen beteiligten sich nur 20 p.Ct. der Wähler. Mit dem Wahl-Ergebnis kann die freiheitige Partei noch zufrieden sein, da sie keine Verluste erlitten hat. Es hatten Erwahlwahlen stattzufinden für 7 Freiheitige und 4 Conservative. Gewählt sind 8 Freiheitige und 3 Conservative. Abgegeben wurden im Ganzen von 637 eingetragenen Wählern 132 Stimmen, wovon 73 auf die freiheitige und 58 auf die conservative Partei entfielen.

* Altawasser, 8. Januar. [Allgemeine Bergarbeiter-Versammlung.] Am Sonntag Nachmittag fand, wie der „Geb.-Kur.“ berichtet, in Alt-Lässig bei Göttelsberg eine zahlreich besuchte allgemeine Bergarbeiter-Versammlung statt. Kamerad Weigel beauftragte, daß die Knappenvereine, gewissermaßen als localer Sammelpunkt, neben den Verbänden bestehen bleiben und die Vergrößerung durch Eintritt aller Kameraden angestrebt werde. Der Antrag stand, wie erwähnt, die Zustimmung aller Anwesenden. — Zum Schlus stand die Wahl zweier Delegirten für den Niederschlesischen Verband statt; gewählt wurden die Kameraden Eduard Weigel und Wilhelm Peter.

Teleg r a m m e.

(Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

△ Berlin, 9. Januar. Die Kaiserin schenkte dem Consistorialpräsidenten Hegel zu Weihnachten drei Statuetten als Zeichen der Dankbarkeit für die der Kaiserin in ihren kirchlichen Besitzungen geleisteten Dienste.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Königsberg i. Pr., 9. Januar. Der „Allgem. Ztg.“ zufolge schweben zwischen der preußischen und russischen Regierung Verhandlungen über die Einrichtung eines Expresszuges für die Sommermonate zwischen Berlin und Petersburg mit einer Geschwindigkeit von 90 km per Stunde.

Weihenfels, 9. Januar. Der 8½ Uhr früh fällige Schnellzug von Halle entgleiste bei der Einfahrt in den Personen-Bahnhof in Folge eines Radreissenbruchs. Die Maschine und zwei Wagen fuhren weiter, die übrigen entgleisten, einer ist umgestürzt; einige Passagiere sind leicht verletzt, eine Verkehrsstopfung ist nicht eingetreten.

Wien, 9. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest über die Verhandlungen bezüglich des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, die deutschen Unterhändler forderten die Wiederherstellung der seither geänderten Artikel 15 und 18 des Handelsvertrages von 1878, nämlich die Erhebung derselben Einheitssätze im localen Durchzugs-Verbandsverkehr, wie für die eigenen Provenienzen. Deutscherseits wurde ferner als erste Voraussetzung für den Handelsvertrag die Gewährung beiderseitiger Garantien hinsichtlich der Eisenbahn-Politik bezeichnet, damit werde die Neutralisierung und Umgehung der Zollsätze durch Tarifsätze unmöglich. Da deutscherseits eine paritätische tarifarische Behandlung der deutschen Provenienzen als conditio sine qua non für das frühere Zustandekommen des Handelsvertrages bezeichnet werden, so sei die österreichische Regierung nicht abgeneigt, auf die Vortheile der bisherigen Tarifpolitik zu verzichten, um das Hindernis für den Abschluß des Vertrages zu beseitigen. — Gegenüber den gestern an der Börse verbreiteten Gerüchten über die angeblich unmittelbar bevorstehende Einberufung der Valutaenquoten meldet die „Neue Freie Presse“ aus Budapest, daß in letzter Zeit bezüglich der Einberufung derselben zwischen den Regierungen Österreichs und Ungarns keinerlei Verhandlungen stattgefunden hätten, daß daher der Zeitpunkt der Einberufung noch unbestimmt sei.

Wien, 9. Jan. Landtag. Die Generaldebatte über das Armenegesetz wurde geschlossen. Der Statthalter erklärt, daß die Regierung und er dem Gesetz sympathisch gegenüber seien. Bezuglich des von

der Wiener Börse zu erhebenden Betrages von 200 000 Gulden behalte sich die Regierung die Entscheidung vor, da die diesbezüglichen Verhandlungen an den Centralstellen wegen der Kürze der Zeit noch nicht abgeschlossen sind.

Paris, 9. Jan. Die Handelsverträge werden dem „Sicile“ zufolge voraussichtlich derart gekündigt, daß die Regierung für die Anwendung eines neuen Generaltarifs vom 1. Februar 1892 an volle Freiheit hat; ferner ist die Zollcommission darin einig, daß Schiffahrts-, Niederlassungs- und Fabrikmarken-Conventionen nicht zu kündigen sind; nur über die Meistbegünstigungsverträge mit Russland, Mexico, Österreich-Ungarn und anderen Staaten könne eine Debatte erwartet werden, aber es sei anzunehmen, daß die Commission Ribot beipflichten werde, welcher sich für die Nichtkündigung derselben aussprach; andernfalls müsse die Kammer vor dem 1. Februar 1891 als letzten Termine für die Kündigung der Verträge mit Mexico und Russland befragt werden. — Die Einnahme Nioros bezeichnet das „Sicile“ als beste Sanction der neuen französischen Einfuhrzone. Das „Journal des Débats“ meint, falls Ahmadu neue Streitkräfte sammle, bildet Niro, das nur mit größerem Truppenaufgebot gehalten werde, eine neue Verlegenheit.

Reval, 9. Januar. Die Röhde ist wieder eisfrei, die Schifffahrt unbehindert.

Wasserstands-Telegramme.

Breslau, 8. Januar, 12 Uhr Mitt. D.B. — m. U.B. — 0,02 m.

— 9. Januar, 12 Uhr Mitt. D.B. — m. U.B. + 0,03 m.

Litterarische.

„Die uns vorliegenden Halbbände 23—26 der „Deutsche Romanbibliothek, Salon-Ausgabe“ (Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart) enthalten den Schluss der beiden Romane: „Vaterland“ von Reinhold Ortmann und „Der arme Dichter“ von August Niemann. — Lediglich dieser vier Hefte sind Illustrationen beigegeben.“

Handels-Zeitung.

Magdeburg, 9. Januar. Zuckerbörse. (Orig.-Telegr. d. Bresl. Ztg.)

Kornzucker Basis 92 p.Ct.	16.80—17.10	16.80—17.10
Rendement Basis 88 p.Ct.	15.80—16.20	15.80—16.20
Nahrungsm. Basis 75 p.Ct.	12.70—13.50	12.70—13.50
Brod-Raffinade f.	27.25—27.50	27.25—27.50
Brod-Raffinade f.	27.00—27.25	27.00—27.25
Gem. Raffinade II.	26.25—27.75	26.25—27.75
Gem. Meis I.	25.25—25.50	25.25

Tendenz: Rohzucker stetig. Raffinade ruhig.

Termine: Januar 12,40 M., Februar 12,50 M., März 12,67½ Mark. — Stetig.

Hamburg, 9. Januar, 10 Uhr 46 Min. Vorm. Zuckermärkt. (Telegramm von Arnthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.) Januar 12,40, März 12,62½, Mai 12,85, Juli 12,5, August 13,15, October-December 12,62½. Tendenz: Stetig.

Hamburg, 9. Januar, 10 Uhr 25 Min. Vormittags. Kaffeemarkt. (Telegramm von Siegmund Roquinow & Söhn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) März 76½, — Tendenz: Behauptet. Rio 8000, Santos 9000. New-York 10 Points Hause.

Leipzig, 8. Januar. Kammzug-Terminmarkt. (Orig.-Bericht von Berger & Co. in Leipzig.) Unser heutiger Termin-Markt eröffnete in sehr fester Haltung, schwächte sich jedoch an der Börse vorübergehend etwas ab, um sich dann Nachmittags wieder von Neuem zu festigen.

Man handelte Vormittags:

Januar ... 10 000 Ko. à 4,40 M.	Juli ... 10 000 Kg. à 4,45 M.
März ... 10 000 " " 4,42½ "	August ... 5 000 " " 4,45 "
Juli ... 5 000 " " 4,42½ "	September ... 15 000 " " 4,45 "

October 20 000 Ko. à 4,45 M.

Hamburg, 8. Januar. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Spiritus per December-Januar 37 Br., 36 $\frac{1}{4}$ Gd., per April-Mai 36 $\frac{1}{4}$ Br., 36 Gd., per Mai-Juni 36 $\frac{3}{4}$ Br., 36 $\frac{1}{4}$ Gd., per Juni-Juli 37 Br., 36 $\frac{3}{4}$ Gd., per Juli-August 37 $\frac{1}{2}$ Br., 37 $\frac{1}{4}$ Gd., per August-September 38 Br., 37 $\frac{1}{4}$ Gd., per September-October 38 $\frac{1}{4}$ Br., 38 Gd. — Tendenz: Fest.

• Warschau-Wiener Eisenbahn. Während die bisher veröffentlichten Betriebsergebnisse regelmässig Mehreinnahmen aufweisen, hat der eigentliche Personen- und namentlich auch Frachtenverkehr im Laufe dieses Jahres nicht nur keine Zunahme, sondern vielmehr eine wesentliche Abnahme erfahren. Diese auffällige Erscheinung des Anwachsens der Einnahmen für Frachten gegenüber einer Abnahme des Frachtenverkehrs hat ihren Grund, wie dem „Fr. Actionärs“ zu entnehmen, in einer Verfügung des Ministeriums für Eisenbahnen und Communicationen dahingehend, dass die Warschau-Wiener Eisenbahn für alle aus dem Auslande kommenden Güter, um die Concurrentfähigkeit der Iwangorod-Dombrowaer Eisenbahn nicht zu beeinträchtigen, keine niedrigeren Tarife ansetzen darf als diese letztere Eisenbahngesellschaft. Da nun die Iwangorod-Dombrowaer Eisenbahn, die eine andere Spurweite hat als die ausserrussischen Eisenbahnen, die ausländischen Güter nur übernehmen kann, wenn sie dieselben umladet und daher eine besondere Umladegebühr berechnen muss, so hat der Minister die Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft, trotzdem diese bekanntlich gleiche Spurweite mit den auswärtigen Bahnen besitzt, angewiesen, unter allen Umständen für die aus dem Auslande kommenden Güter ebenfalls eine solche Umladegebühr zu berechnen, obwohl in Wirklichkeit auf letzterer Bahn keine Umladung stattfindet. Die Mehr-einnahmen für die Frachten trotz eines verminderten Frachten-Verkehrs haben somit in der Erhebung besagter Umladegebühr ihren Grund. Demgemäß weist beispielsweise das Ergebniss pro Novbr. 1890 im Personenverkehr einen Ausfall von 8056,— Rbl. Güterverkehr 1114,— zusammen 19170,— Rbl.

aus, wogegen das Extraordinarium (welches sich aber vorwiegend aus den Umlade-Gebühren zusammensetzt) ein Plus von 32 441 Rubeln ergibt, wodurch sich das schliessliche Resultat pro November (trotz der Ausfälle) in einem Plus von 13 271 Rubeln präsentiert. Nun tritt aber eine ganz merkwürdige Erscheinung zu Tage: Viele grössere Importeure in Warschau und Lodz, welche die Erhebung einer Gebühr für eine gar nicht stattgehabte Umladung selbst für russische Verhältnisse nicht ganz gerechtfertigt finden, haben die Warschau-Wiener Eisenbahn zu wiederholten Malen bei den zuständigen Gerichten auf Herausgabe der eingezogenen Umlade-Gebühr-Beträge verklagt und, da die Warschau-Wiener Eisenbahn-Verwaltung bis jetzt in jedem einzelnen Falle zur Rückzahlung verurtheilt worden ist, ihr Geld regelmässig wieder erlangt. Hierdurch ermuthigt, haben sich unternehmende Leute der Sache bemächtigt und eine eigene, sehr einträgliche Industrie daraus gemacht. Sie suchen nämlich die Frachtbriefe, auf denen sich eine Berechnung bezüglich der Umladegebühren befindet, für eine Lappalie aufzukauen, um dieselben dann gegen die Verwaltung der Warschau-Wiener Eisenbahn einzuklagen, und es ist dies auch angesichts der seither ergangenen verurtheilten gerichtl. Erkenntnisse ein ganz sicheres Geschäft, welches seinen Mann ernährt. — Für die Warschau-Wiener Eisenbahn wird sich nun die Notwendigkeit ergeben, bei der Bilanz-Aufstellung den grössten Theil der für Extraordinarien erzielten Einnahmen, insfern sie derartige Umladegebühren enthalten, in Reserve zu stellen, da sie überhaupt nicht sicher dagegen sein kann, dass ihr diese Beträge nicht noch nachträglich durch Processe streitig gemacht werden.

Die Direction der genannten Bahn, um Aufklärung ersucht, hat nun dem „B. T.“ Folgendes geantwortet: „Die erzielten Mehreinnahmen, von denen in dem betr. Artikel die Rede ist, haben ihren Grund nicht nur in der Erhebung von Umladegebühren, die durch nachträgliche Processe streitig gemacht werden, sondern vielmehr in der Erhöhung von Standgeldern und einigen Stations- und Manipulationsgebühren. Betreffs des nachträglichen Auftretens verschiedener Winkeladvocaten gegen die Direction der Warschau-Wiener Eisenbahn behufs Rückerlangung der erhobenen Umladegebühr, so ist zwar dieser Sachverhalt richtig, andererseits ist es aber auch Thatsache, dass die Verwaltung der Warschau-Wiener Eisenbahn zur Beseitigung des Uebelstandes sich an das Finanzministerium gewandt hat, und dass vom letzteren die Erhebung der Umladegebühren nochmals anempfohlen und als gesetzlich anerkannt worden ist.“ — Wie dem citirten Blatte von anderer Seite mitgetheilt wird, findet am 27. Januar eine Sitzung des Verwaltungsrathes der Warschau-Wiener Eisenbahn unter Theilnahme ausländischer Vertreter statt. Die Tagesordnung dieser Sitzung ist zwar noch nicht festgestellt, wird aber jedenfalls einige sehr wichtige Fragen umfassen, welche die innere Administration der Eisenbahn, wie auch verschiedene Ankäufe und Lieferungen betreffen.

Danzig, 8. Jan. Die Einnahmen der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn betragen im Monat December 1890 nach provisorischer Feststellung 210 900 M. gegen 139 200 M. nach provisorischer Feststellung im December 1889, mithin mehr 71 700 M.

Ausweise.

Aus dem Generalbericht des Geheimrathes Wolff über die Verwaltung der Medicinalangelegenheiten im Regierungs-Bezirk Breslau in den Jahren 1886, 1887 und 1888 geben wir noch die folgenden Notizen:

Die Ruhr (Dysenterie) ist 1886 mit 14 Erkrankungen (8 Todesfälle) in der Stadt Breslau, ferner epidemisch, aber ohne weitere Ausdehnung zu gewinnen, in je einer Ortschaft der Kreise Mittisch und Brieg, sonst nur ganz vereinzelt aufgetreten. Im Jahre 1887 hatte die Stadt Breslau 12, der Kreis Schweidnitz 28, ein Ort im Kreise Mittisch 17, ferner der Kreis Rimsch 40 (sämtlich unter einem aus dem Arbeitshaus zu Schweidnitz dorthin zu Barberen entsendeten Commando), die übrigen Landkreise gar keine oder ganz vereinzelt Erkrankungen. Im Jahre 1888 kamen, bis auf 9 Fälle in der Stadt Breslau und kleine Epidemien im Landkreise Breslau und Kreise Waldenburg, nur einige wenige Einzelfälle in Regierungsbezirk vor.

Scharlach. Im Jahre 1886 wurden in Breslau 956 Scharlach-Erkrankungen gemeldet. In den ländlichen Kreisen war der Scharlach wenig aufgetreten. Zu kleinen Epidemien gelangte die Krankheit nur im Kreise Schweidnitz mit 97 gemeldeten Erkrankungen (12 Todesfälle), Steinau mit 53 Fällen (15 tödlich) und Wohlau, wo er sich in 17 Ortschaften verbreitete. In den übrigen Kreisen kamen nur sporadische Fälle vor. Im Jahre 1887 dauerte die Scharlach-Epidemie in Breslau mit gleicher Stärke fort; es erkrankten 907 an Scharlach und starben 38. Es machte sich wie im Vorjahr ein Aufsteigen im September bemerkbar, und waren die Erkrankungen während der Wintermonate am zahlreichsten. In den ländlichen Kreisen kam der Scharlach auch wieder nur sporadisch vor. Im Berichtsjahr 1888 betrug die Zahl der Scharlach-Erkrankungen in der Stadt Breslau 917 mit 44 Todesfällen. Von den ländlichen Kreisen sind Scharlach-Epidemien aus Brieg, Frankenstein, Mittisch und Striegau gemeldet worden. Sechs Kreise blieben ganz verschont.

Masern. Dieselben traten mit Beginn des Herbstes im Berichtsjahr 1886 in der Stadt Breslau epidemisch auf. Es wurden im September 15, October 106, November 487 und December 1847 Masern-Erkrankungen mit 56 Sterbefällen gemeldet. Zu einer grösseren epidemischen Verbreitung gelangten die Masern im Jahre 1886 in den Kreisen Guhrau, Mittisch, Neumarkt, Schweidnitz, Steinau, Striegau, Trebnitz, Waldenburg und Wohlau. Im Berichtsjahr 1887 erreichte die Zahl der Masern-Erkrankungen in der Stadt Breslau die Höhe von 8177 mit 162 Sterbefällen. Die Masern-Epidemie, welche im Vorjahr begonnen hatte, setzte sich somit in gleichem Maße auch im Jahre 1887 fort und überstießte die meisten ländlichen Kreise, insbesondere die Kreise Brieg, Landkreis Breslau, Guhrau, Mittisch, Neurode, Rimsch, Orlau, Oels, Reichenbach, Schweidnitz, Steinau, Striegau, Waldenburg, Trebnitz und Wohlau. Die Epidemie hatte im Ganzen einen gutartigen Charakter, und war die Mortalität gering. Im Jahre 1888 hatte die Masern-Epidemie zum grossen Theile nachgelassen. In der Stadt Breslau waren 719 Erkrankungen mit zwölf Todesfällen gemeldet. Epidemisch zeigten sich die Masern noch im Kreise Namslau, Neumarkt, Neurode, Münsterberg, Oels, Orlau, Reichenbach, Schweidnitz und Strehlen; doch war auch hier die Krankheit erheblich im Absinken.

Keuchhusten war zwar in allen Kreisen aufgetreten, doch meistens nur sporadisch. In der Stadt Breslau starben in Folge des Keuchhustens im Jahre 1886 47, im Jahre 1887 48 und im Jahre 1888 41 Kinder. Aus dem Landkreise Breslau wurden als Todesfälle in Folge des Keuchhustens in den drei Berichtsjahren 29, 31 und 36 gemeldet. In epidemischer Verbreitung trat die Krankheit in dem Berichtsjahr 1886 auf in den Kreisen Brieg, Mittisch, Münsterberg, Neurode, Rimsch, Striegau und Wohlau, im Jahre 1887 epidemisch in den Kreisen Brieg, Münsterberg und Namslau. Im Jahre 1888 zeigte sich der Keuchhusten nur noch sporadisch. Die Mortalität war durchweg eine sehr geringe.

Croupöse Pneumonie. Über die Häufigkeit der Art der Entstehung und den Verlauf der Krankheit fehlen zuverlässige Nachrichten, da die Krankheit nicht angezeigt ist und in vielen Fällen nicht zur Kenntnis der Aerzte gelangt. In der Stadt Breslau starben an Lungenentzündung im Jahre 1886 567, im Jahre 1887 645 und im Jahre 1888 639. Nach einer allgemeinen Schätzung war die Lungenentzündung auffällig häufig vorgekommen in den Kreisen Brieg, Münsterberg, Mittisch, Namslau und Wartenberg. Am Uebrigen scheint sich das Vorkommen der Krankheit in den gewöhnlichen Grenzen gehalten zu haben; in epidemischer Ausdehnung ist die Pneumonie nicht beobachtet worden.

Lungenentzündung. Es starben an dieser Krankheit in dem Stadt-

Breslau 1886: 1147 (12,3 p.Ct. sämtlicher Todesfälle überhaupt). 1887: 1027, 1888: 940 Personen. Ueber die in den ländlichen Kreisen vorgenommenen Todesfälle, welche der Lungentrichwinducht zugänglich sind, fehlen ziffernmäßige Angaben, doch scheint die Krankheit nicht häufiger als sonst beobachtet worden zu sein.

Kindbettfieber. Durch Polizei-Verordnung vom 15. September 1886 ist den Aerzten die Verpflichtung zu polizeilicher Meldung jedes in ihrer Praxis vorkommenden Falles dieser Krankheit, sowie jedes den Verdacht derselben erregenden Erkrankung und jedes durch sie hervorgerufenen Todesfalls unter Angabe der zugezogenen Hebammen auferlegt worden. Trotzdem wird in dem Bericht ausdrücklich hervorgehoben, dass die Richtigkeit der Angaben über das Auftreten von Buergeralgiebier durchaus nicht über allen Zweifel erhaben sein dürfte. In der Stadt Breslau sind als an Kindbettfieber Erkrankte polizeilich angemeldet worden: im Jahre 1886: 41 (12 Todesfälle), 1887: 28 (18 Todesfälle), 1888: 26 (15 Todesfälle). In den ländlichen Kreisen wurden als am Kindbettfieber erkrankt angemeldet 1886: 105 (davon gestorben 24), 1887: 102 (davon gestorben 51) und 1888: 100 (davon gestorben 36). Ganz verschont von der Krankheit blieben 2 Kreise. Die Krankheitsfälle blieben vereinzelt; in einem Falle wurde die Krankheit durch die Hebamm (Kreis Steinau) verbreitet; in den übrigen Fällen konnte eine Verbreitung durch die Hebammen nicht nachgewiesen werden.

Genickstarre. (Meningitis cerebro spinalis.) Im Berichtsjahr 1886 sind zwei Erkrankungen an Genickstarre zur Anzeige gekommen. Im Berichtsjahr 1887 kamen je ein Fall in den Kreisen Wohlau und Reichenbach zur Beobachtung. Im Februar und März trat die Krankheit in Glash mit 5 Fällen auf. Von den Kranken genesen vier nach schwerem und längerem Krankheitsverlauf. Im Kreise Orlau wurden 8 Krankheitsfälle gemeldet, von welchen 5 tödlich verliefen; — ferner 1 tödlich verlaufender Fall im Kreise Trebnitz. Im Berichtsjahr 1888 trat eine grössere Epidemie im Kreise Guhrau auf. Nachdem im Januar in der Kreisstadt und dem anstoßenden Alt-Guhrau Einzelfälle an Genickstarre aufgetreten waren, erkrankten in zwei ländlichen Ortschaften 23 Personen unter den Geschworenen der Genickstarre und starben 5. Außerdem kamen nur sporadische Fälle vor in den Kreisen Münsterberg und Neurode je 1, Orlau 2 und Steinau 3. Diese Fälle endeten sämtlich tödlich; ebenso ein Fall im Kreis Habelschwerdt. Ueber die Entstehungsursachen, die Art der Weiterverbreitung und den Weg der Krankheitsübertragung sind positive Anhaltspunkte nicht ermittelt worden.

Contagiöse Augenkrankheit: Im Jahre 1886 trat in einer hiesigen Elementarschule (42 Fälle) und in der Präparanden-Anstalt zu Schweidnitz (44 Fälle) der folliculäre Augenkatarrh auf. Im Jahre 1887 gelangten aus 23 Erkrankungen im Rettungshaus Kr. Schweidnitz sehr zahlreiche Fälle in den Kreisen Wartenberg und Oels zur Anzeige; indessen wurde die dadurch hervorgerufene Aufregung durch genaue Untersuchung der Erkrankten wieder gebrochen, da in den meisten Fällen nur einfache Bindenkatarrh und wo es sich um Trachom handelte, nur leichte Grade desselben vorlagen. Der Mahregel der Schulstiftung bedurfte es nicht, zumal erfahrungsgemäß eine Übertragung, wo sie überhaupt vorkommt, weit weniger in den Schulen, als in den Familien zu Stande kommt. Im Jahre 1888 kam eine Hausepidemie in der Erziehungsanstalt zu Herrenwrotsch, Kr. Breslau, neben vereinzelten Fällen in den übrigen Kreisen vor. Im Kreise Wartenberg herrschte die Krankheit, wenn darunter nur der folliculäre Katarrh und das Trachom verstanden wird, schon seit Jahren endemisch.

Von Boonenos kam Milzbrand im Jahre 1887 in den Kreisen Schweidnitz (1 Fall) und Wohlau (2 Fälle), 1888 im Kreise Schweidnitz (2 nicht ganz sichere Fälle) zur Anzeige. Von Hundswurst gelangte 1888 1 Todesfall zur Beobachtung. Bissverletzungen durch tollwütige Hunde wurden in den drei Berichtsjahren in nicht geringer Zahl gemeldet; indessen sind in diesen Fällen nicht geringe Anzahl behandelt; indessen sind in diesen Fällen nicht aufgetreten. An Trichinose erkrankten 1887 3 Personen in Breslau, 7 Personen in Saatz, Kr. Schweidnitz, erster in Folge Genusses von auswärts bezogenen Schinkens, letztere durch Genuss von Fleisch eines nicht untersuchten Schweines; 1888 kam durch Fahrlässigkeit eines Fleischbeschauers verschuldet, in Vorlichensche, Kr. Trebnitz, eine grössere Epidemie, ferner zwei leichte Erkrankungen im Kreise Trebnitz zur Beobachtung.

Familien-nachrichten.

Geboren: Eine Tochter: Irina Eugen v. Richthofen, Orlau.
Verlobt: Fr. Marie Salome mit Pastor Adolf Jaene, Büsen bei Golzen. Fr. Johanna Günther mit Pastor Paul Weigand, Gr. Streblitz. Fr. Charlotte Albrecht, Danzig, in Regierungs-Assessor Max Charles de Beaumien, Gleiwitz.
Gestorben: Frau Oberst Mathilde v. Kaisenberg, geb. v. Heister, Insterburg. Frau Pastor Petersen, Drebergen. Berw. Frau Kaufmann Therese Schneider, geb. Striegner, Breslau. Berw. Frau Geh. Regier.-Rath Hulda v. Möller, geb. von Marbach, Potsdam.

Festsetzungen der Handelskammer-Commission.

per 100 Kilogr.	höchst		niedr.		mittlere		gering		Waar.
	M	A	M	A	M	A	M	A	
Weizen, weiss neuer	19	30	19	10	18	70	18	20	17/20
Weizen, gelb neuer	19	20	19	—	18	70	18	20	17/20
Roggen	—	—	17	40	17	10	16	90	16
Gerste	—	—	16	80	16	10	15	20	14
Hafer alter	—	—	—	—	—	—	—	—	—
neuer	—	—	13	10	12	90	12	70	12
Erosen	—	—	16	80	16	30	15	80	14/20

Festsetzungen der Handelskammer-Commission.

feine	mittlere	ord.	Waare.	
M	A	M	A	
Raps	23	30	21	19
Winterrüben	23	—	20	18
Sommerrüben	—	—	—	—
Dotter	19	50	18	17
Schlaglein	21	50	20	18
Hansaat	—	—	—	—

Breslau, 9. Januar. Preise der Cerealen. Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Commission. gute mittlere gering. Waar.

Amsterd. 100 Fl.	3	8 T.	169,10 G
do.	3	2 M.	168,10 G
London 1 L.Str.	4	8 T.	20,355 G
do.	4	3 M.	20,22 G
Paris 100 Frs.	3	8 T.	80,60 G
do.	3	2 M.	—
Petersb. 100 SR.	5 $\frac{1}{2}$	3 W.	—
Warsch.	5 $\frac{1}{2}$	8 T.	237,00 G
Wien 100 Fl.	4 $\frac{1}{2}$	8 T.	177,40 G
do.	4 $\frac{1}{2}$	2 M.	176,15 G
Bank-Discont 5 $\frac{1}{2}$ p.Ct.	Lombard	6 resp. 6 $\frac{1}{2}$ p.Ct.	
Brutto	89,3		